das „Oster-Ei" („Soldat im Volk"). Hoogen informierte sich sowohl bei Oster als auch bei dessen oberstem militärischem Dienstherrn, Ulrich de Maizière.

Doch die beiden Befragten machten widersprüchliche Aussagen: Oster gab an, seinen Artikel bei Maizières Führungsstab avisiert zu haben. Maizière hingegen bestritt, von der geplanten Veröffentlichung etwas gewußt zu haben.

Als Hoogen seinem Dienstherrn Gerstenmaier dies mitteilte, legte er ihm auch den Brief des Obersten Brückner an Oster („Nehmen Sie Ihren Abschied") vor. Der Brief erregte den Bundestagspräsidenten dermaßen, daß er sogleich an Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder schrieb und die Abberufung des Militärattachés Brückner verlangte.

Der ehemalige SA-Anwärter Schröder freilich wollte sich dem ehemaligen Widerstandskämpfer Gerstenmaier gegenüber nicht festlegen: Er habe Verständnis für die Auffassung Osters, er habe aber auch Verständnis für die Auffassung Brückners.

Notgedrungen ließ Gerstenmaier es bei dieser Antwort und bei Osters Ankündigung, die Sache in London mit Ohrfeigen zu erledigen, bewenden: „Da kann man nichts dran machen."

Die Bundeswehrspitze hingegen fand, daß man doch etwas dran machen könne: Wenn Oster am 26. Mai mit seinem College zu einem zweiwöchigen Informationsbesuch nach London kommt, wird ihm Brückner auf Anweisung de Maizières strikt aus dem Wege gehen.

VERKEHR

LEBER-PLAN

Menschlich, menschlich

Bundesverkehrsminister Georg Leber, einst neben Karl Schiller hoffnungsvollster Mann in der sozialdemokratischen Regierungs-Riege, hat seinen Charme und seine Chancen überschätzt. Sein Plan, mit dem er elf Millionen Pkw-Fahrern auf den Straßen wieder freie Fahrt verschaffen wollte, wird in der Bonner Koalitionsmaschine steckenbleiben.

Als der Gewerkschaftsführer Leber vom Marmorhaus der IG Bau-Steine-Erden aus Frankfurt in das Verkehrsministerium nach Bonn umzog, rühmte die SPD sein oft bewiesenes Verhandlungsgeschick. Und wirklich hatte der gelernte Maurer in seiner Branche, in der Probleme sich mit klarem Wort und klarem Schnaps oft leichter regeln lassen als in der Politik, große Erfolge errungen.

Er richtete Urlaubs- und Zusatzversorgungs-Kassen ein, schuf Stiftungen für Bauarbeiterwaisen und für ein 45-Millionen-Ferienwerk mit Erholungszentren auf Sylt, in Kärnten und bei St. Maxime an der französischen Riviera.

Der Maurer-Führer konnte mit den Arbeitgebern reden und erreichte in

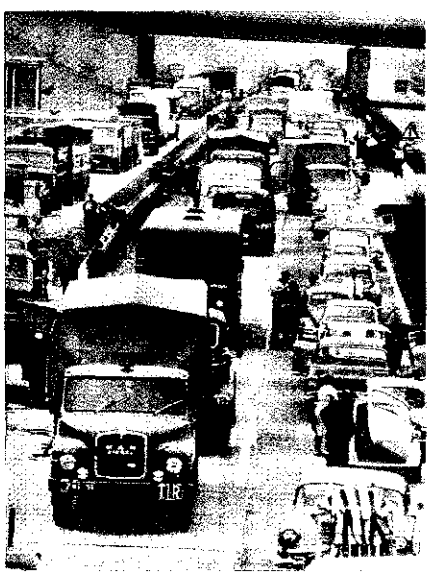


Bundesminister **Leber**
Die Sanierung des Verkehrs ...

seiner Branche eine vorbildliche Zusammenarbeit. In eine eigene 1965 gegründete „Leber-Bank" zahlen Bauarbeitgeber und Arbeiter jährlich rund 45 Millionen Mark zur Arbeitnehmer-Vermögens-Bildung ein. Als Leber zum Minister aufstieg, war in der Kasse so viel Geld, daß unter Funktionären bei Arbeitsstreitigkeiten das Leber-Wort kursierte: „Sollen wir streiken, oder kaufen wir die Firma auf?"

Mit ähnlichem Elan begann SPD- und Gewerkschaftsmitglied Leber in Bonn auf dem Sessel des Dr.-Ing. Hans-Christoph Seebohm zu werken. Dreiviertel Jahr brütete er, dann kam der Leber-Plan heraus. Danach sollten künftig

▷ Deutschlands gewerbliche Fuhrunternehmer mit einem Pfennig und die Besitzer werkseigener Fuhrwerke mit drei, vier und fünf



Autobahnverkehr in Deutschland
... bleibt auf der Strecke

Pfennig Fernverkehrsteuer je sogenannten Tonnen-Kilometer belastet werden;

▷ ein Sortiment von 28 Massengütern — beispielsweise Getreide, Grubenholz und Kies — durch strikte Verbotslisten vollends von den westdeutschen Fernstraßen heruntergebracht werden.

Seebohm, dem der Ärger um seine eigenen Abmessungs- und Fahrverbote noch gegenwärtig war, unkte gleich: „Den Leber-Tran wird keiner schlukken."

Doch der forsche „Schorsch" ließ sich zunächst nicht beirren. Ihn stärkte das Ergebnis einer Infas-Meinungsumfrage, nach der 54 Prozent aller Deutschen die Einschränkung des Fernlastverkehrs guthießen. Westdeutschlands Bürger-Fibel „Bild" lobte: „Dicke Brummer 'runter von der Autobahn."

Auch bei Kurt Georg Kiesinger, seinem CDU-Kabinettschef, war Leber auf Wohlwollen gestoßen. Des Kanzlers Sympathie und die Hoffnung, die seine Partei in das Verkehrsprogramm setzte, machten den Hessen blind gegen die Gefahren im Parlament und auf der Straße.

„Den Kanzler im Rücken und das aufgebrachte Gewerbe vor sich" — so Kabinettskollege Schiller —, lud Leber, lange nach Verkündigung des Plans, die betroffenen Fuhrleute und einige Wissenschaftler zu Hearings ein. Während der Frühjahrs-Sondersitzung in Berlin brachten sie den Erfolgsmann seit seinem Amtsantritt zum erstenmal aus der Fassung.

Als außer den Fuhrgewerblern (Leber: „Da sind nur Miesmacher gekommen") auch die Professoren anfingen, an den Fahrverboten zu mäkeln, fiel der Minister aus der Rolle.

Den Marburger Verkehrswissenschaftler Professor Dr. Walter Hamm raunzte er an: „Erzählen Sie mir nicht immer, was ich gar nicht wissen will. Beantworten Sie endlich meine Fragen." Darauf Hamm kühl und pikiert: „Ich verlasse nicht den Boden der Wissenschaft." Die Hearing-Runde ging an Lebers Gegner.

Des Ministers Ungeduld war freilich verständlich. Zwar war sein Leber-Plan inzwischen im Bundestag eingebracht worden, zugleich jedoch hatte der Verkehrsexperte und ewige Schatten-Verkehrsminister der CDU Dr. Müller-Hermann ein Gegenkonzept entworfen. Auf Befragen wiegelte Kanzler Kiesinger vor der SPD-Fraktion den Gegen-Plan ab und riet, wie Müller-Hermanns Vorstoß zu sehen sei: „Menschlich, menschlich."

Dennoch erwies sich der CDU-Konkurrent dem Verkehrsminister taktisch überlegen. Ohne Kiesingers Wissen hatte er alle Verärgerten hinter sich versammelt und mit ihnen zusammen ein weit weniger dirigistisches Verkehrswerk erarbeitet. An Stelle von Steuern und Transportverboten empfiehlt der gelernte Bremer Speditionskaufmann

▷ eine nach der Achslast gestaffelte Straßenbenutzungsgebühr,

▷ Lizenzen für den Werkfernverkehr und

▷ die Vorverlegung des Wochenend-Fahrverbots für Lkw auf Samstag 13 Uhr.

Alsbald stimmten in Bonn die Arbeitskreise Mittelstand und Wirtschaft der CDU/CSU statt für das von Kiesinger gutgeheißene Leber-Werk für Müller-Hermanns Plan. Auf bissige Kommentare sozialdemokratischer Genossen hin, hinter seinem Konzept stehe wohl nur noch der Kanzler, machte der Minister sich selbst Mut: „Das ist ja auch schon sehr viel."

Von der SPD-Fraktionsführung verlangte Georg Leber schließlich, daß geklärt werde, wessen Plan im Namen der Koalition gelten solle. In der vorletzten Woche kamen danach die beiden Kontrahenten samt Anhang zum erstenmal zu „Expertengesprächen" im Bundeshaus zusammen.

Müller-Hermann eröffnete das Treffen entwaffnend: „Über die Verbotsliste brauchen wir überhaupt nicht zu reden, die lehne ich völlig ab." Darauf Leber, der das Kernstück seines Planes in Gefahr sah: „Dann müssen wir zuerst über die Verbotsliste reden."

Vier Stunden lang deklamierten die verzankten Koalitionsbrüder aneinander vorbei. Auch eine zweite Beratung am Montag vergangener Woche blieb trotz dringender Ermahnung des sogenannten „Kreßbronner Kreises", der Führungsgarde des schwarz-roten Machtkartells, ohne Erfolg.

Und die Zeit arbeitet gegen Georg Leber. Nach seinem eigenen Kalkül hat sein Plan nur dann noch reale Chancen, wenn er bis zu den Sommerferien vom Bundestag verabschiedet werden kann. Alles, was danach kommt, gerät bereits in den Strudel des sich anbahnenden harten CDU-SPD-Wahlkampfes.

Schon heute steht fest, daß die Tagesordnung des Parlaments bis zu den Sommerferien vollgepackt ist. Schorsch Leber leitet seinen Rückzug ein: „Da muß man halt mal abwarten und die Ruhe bewahren."

VERLAGE

SPRINGER

Scheibe ab

Unkontrollierte Kräfte schicken sich an, Lebenswerke großer Persönlichkeiten zu zersetzen — mit fadenscheinigen Absichten.

Axel Springer

Kontrollierte Kräfte in Bonn schikken sich an, Axel Springers Lebenswerk zu zersetzen — aus wohlüberlegten Gründen.

Zehn Jahre lang hatte der Hamburger Großverleger alle Versuche vereitelt, seinen Marsch auf das westdeutsche Pressemonopol aufzuhalten. Jetzt soll Springer gestoppt werden.

Die noch vom ehemaligen Bundesinnenminister Paul Lücke eingesetzte sogenannte Pressekommission will auf ihrer Schlußsitzung am Mittwoch dieser Woche der Bundesregierung empfehlen, den Anteil einzelner Verleger am deutschen Zeitungsmarkt gesetzlich zu begrenzen. Geht es nach den Plänen der Mehrheit der 17 Pressekommissare, so droht Springers Druck-Imperium eine Teil-Entflechtung*.

Bis Ostern noch hatte sich die vom Kartellamtspräsidenten Dr. Eberhard Günther geleitete Kommission dank ihrer Zusammensetzung — die sechs Verleger besaßen eine Sperr-Minorität — gegenüber dem Hamburger Meinungsmacher artig betragen. Als die Kommissare einmal gewagt hatten, über seine Pressemacht zu diskutieren, war der Großverleger beleidigt aus der Beratungsrunde ausgeschieden. Danach herrschte wieder Springer-Ruhe (SPIEGEL 17/68).



Großverleger **Springer**
Die Kommission empfiehlt Entflechtung

Nachdenklich machten sich die Staatsbeauftragten noch einmal an ihr Thema, als Osterfeuer der Studenten vor Springer-Hochhäusern aufflammten und Polizeiknüppel den Weg für Springers Zeitungsautos frei machen mußten. Freundschaften mit dem Hamburger Großverleger sanken danach im Kurswert.

Überdies ärgerte sich das Zeitungsgewerbe darüber, daß Springer in der Untersuchungszeit sich ein weiteres Massenblatt zulegte: „Jasmin" mit inzwischen nahezu zwei Millionen Exemplaren Auflage.

Die neueste Ausgabe der Zeitschrift, die „Christ und Welt" ein „Behältnis für potenzierten Über-Schmus" genannt hat, ging noch vor Beginn der Sitzung am 25. April bei den Prüfern von Hand zu Hand. Dann kam die „Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit" zur Sache.

„Stern"-Verleger Gerd Bucerius empfahl, den Höchstanteil eines Verlegers am gesamten westdeutschen Pressemarkt auf fünf Prozent zu begrenzen. Die Konsequenz dieses Vorschlages: Neben Springer müßten auch die Verlage Bauer, Burda sowie Gruner + Jahr entflochten werden**.

So weit mochten die anderen Pressekommissare zwar nicht gehen, aber auch sie rafften sich zur Tat auf. Mit Mehrheit beschloß die Kommission, der Bundesregierung erstmals präzise Maßstäbe an die Hand zu geben, nach denen gemessen werden kann, in welchem Grade die Pressefreiheit beeinträchtigt ist:

▷ Bei mehr als 20 Prozent Anteil eines Verlegers am Markt der Tages- und Sonntagszeitungen soll die Pressefreiheit als „gefährdet" gelten, und über den Einfluß solcher Unternehmen auf die Meinungsfreiheit soll ein Sachverständigenrat alljährlich Bundesregierung und Parlament berichten;

▷ bei mehr als 40 Prozent Marktanteil gilt die Pressefreiheit als „beeinträchtigt" und das Unternehmen muß entflochten werden.

Damit schien Springer noch nicht unmittelbar bedroht. Sein Anteil an den Tages- und Sonntagszeitungen hält sich knapp unter der 40-Prozent-Grenze. Doch Gerd Bucerius bohrte weiter: Verleger, die — wie Springer — zugleich auch Illustrierte, Frauenzeitschriften und ähnliche Druckerzeugnisse herausgäben, sollten sich eine noch schärfere Beschränkung gefallen lassen.

Eine eigens gebildete Arbeitsgruppe präzisierte später den Bucerius-Vorschlag: Die 40-Prozent-Grenze müsse für jene Zeitungsverleger herabgesetzt werden, die neben ihrem hohen Anteil an Tages- und Sonntagszeitungen zugleich mehr als 15 Prozent des Zeitschriftenmarktes kontrollierten.

Über diesen Vorschlag muß die Günther-Kommission am Mittwoch dieser Woche abstimmen. Kommt er durch und drückt sich die Bundesregierung nicht vor der Empfehlung, dann wäre Axel Springer über kurz oder lang gezwungen, von seinem Konzern die erste Scheibe abzuschneiden.

Der Zeitungs-Cäsar wittert schon Gefahr und rüstet sich. Bei zwei Professoren für Öffentliches Recht, den Freiburger Joseph Kaiser und dem Heidelberger Ernst Forsthoff, bestellte er Gutachten. Thema der Expertisen: Kann die Öffentliche Hand Springers Eigentum antasten?

---

* Zum Springer-Konzern gehören: „Die Welt", „Welt am Sonntag", „Bild", „Bild am Sonntag", „Hamburger Abendblatt", „Hör zu", „Das Neue Blatt", „Funk-Uhr", „Kicker", „BZ" (Berliner Zeitung), „Berliner Morgenpost", „Bravo", „Eltern", „Twen", „Jasmin".

** Zum Bauer-Verlag gehören: „Neue Revue", „Quick", „Neue Post", „TV Hören und Sehen", „Das neue Wochenend", „Neue Praline", „Neue Mode"; zu Burda: „Bunte Illustrierte", „Bild und Funk", „Freundin", „Burda Moden", „Das Haus", „Lufthansa Revue"; zu Gruner + Jahr: „Stern", „Brigitte", „Constanze", „Petra", „Schöner Wohnen", „es", „Capital", „Die Zeit".